

Haushaltsrede 2026 – Bernd Malzahn, WerteUnion, Stadtrat Heidenheim

Gemeinderatssitzung Heidenheim, 6. November 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen –

wir beraten heute über den **Haushalt 2026**.
Und dieser Haushalt ist mehr als nur Zahlen.
Er zeigt, **wohin unsere Stadt steuert**:
in eine **finanzielle Schieflage**, die von Jahr zu Jahr größer wird.

Im Jahr 2024 hatten wir noch ein leichtes Plus von rund **253 900 Euro**.

2025 – bereits ein Minus von **über 35 Millionen Euro**.

2027 – **39 Millionen Euro Minus**.

Das bedeutet:

75 Millionen Euro Defizit in nur zwei Jahren.

Bis 2029 über **110 Millionen Euro Schulden**.

Das sind keine Rechenspiele.

Das sind **reale Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger**.

Der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt klar:

Wir bewegen uns **am äußersten Rand unserer finanziellen Möglichkeiten**.

Kämmerer **Ochs** hat es offen ausgesprochen.

Er sagte:

„Wir liegen mit diesen Werten über unseren finanziellen Möglichkeiten – und dies seit Jahren.“

Das ist keine Kritik, das ist eine Warnung.

Eine Warnung, die im Gemeinderat zu lange ignoriert wurde.

Die Wahrheit ist:

Heidenheim lebt über seine Verhältnisse.

Wir finanzieren immer mehr freiwillige Aufgaben,
während die Pflichtaufgaben zunehmend unter Druck geraten.

Das – meine Damen und Herren – ist kein Zukunftsmodell.

Kreditaufnahme und Schuldenentwicklung

Im Finanzaushalt 2026 stehen **59,5 Millionen Euro** für Investitionen,
davon **49,4 Millionen Euro** für Baumaßnahmen.

Die **Netto-Kreditaufnahme: 14,9 Millionen Euro**.

Die **Gesamtverschuldung: 67,4 Millionen Euro** bis Ende 2026.

Die jährliche **Zinslast von 1,8 Millionen Euro** ist schon heute eine Hypothek. Und viele begonnene Projekte – Rathaus, Karl-Rau-Halle, Elmar-Doch-Haus – werden in den nächsten Jahren noch teurer.

Bis 2029 sollen die Rücklagen der Stadt nahezu aufgebraucht sein.

Die Liquidität sinkt von über 57 Millionen Euro im Jahr 2027 auf rund 10 Millionen Euro 2029, gerade noch knapp über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert.

Warnsignale aus der Finanzplanung

Die mittelfristige Finanzplanung zeigt deutliche Warnzeichen. Bis 2029 steigen die **Abschreibungen auf 17,5 Millionen Euro**, für **Baumaßnahmen** sind **72,2 Millionen Euro** vorgesehen.

Das **Jahresergebnis 2029:**

minus 12 Millionen Euro,

wenn keine strukturellen Änderungen erfolgen.

Im Bericht heißt es wörtlich:

„Es droht im Extremfall ein Haushaltssicherungsverfahren – wie Giengen 2010.

Ein solches Szenario wäre ein Rückschritt für die gesamte Stadt.

Haltung des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister **Michael Salomo** sagte in seiner Rede:

„Die Zahlen sind angespannt, aber Heidenheim handelt!

Wir investieren – gezielt, zukunftsorientiert und verantwortungsvoll.“

Das klingt gut.

Und jeder hier weiß:

Investitionen sind wichtig.

Aber – sie müssen **zielgerichtet, überprüfbar und finanziertbar** sein.

Was wir derzeit erleben, ist ein **Spagat zwischen Gestaltungswillen und finanzieller Realität.**

Wenn wir gleichzeitig Rathaus, Karl-Rau-Halle, Kläranlage und das Elmar-Doch-Haus modernisieren,

müssen wir uns ehrlich fragen:

Welche Projekte sind Pflicht – und welche Wunschedenken?

Der Kurs des Oberbürgermeisters

Herr Salomo will Heidenheim „lebenswert machen“ – für Bürger und Besucher.

Das Ziel ist richtig.

Aber:

Heidenheim wird nicht dadurch lebenswert, dass wir Prestigeobjekte schaffen, sondern dadurch, dass wir die Grundlagen sichern – bezahlbare Gebühren, soziale Stabilität, funktionierende Infrastruktur.

Der Oberbürgermeister ist kein unabhängiger Entscheider.

Er ist ein **Diener seiner politischen Überzeugung und seiner Partei.**

Viele seiner Projekte folgen politischen Vorgaben:

„Wir müssen investieren, um sichtbar zu sein.“

Aber Sichtbarkeit ist kein Erfolg.
Erfolg ist, wenn Projekte sich tragen,
wenn Bürger entlastet werden,
wenn die Stadt stabil bleibt.

Und ob das gelingt,
das werden wir erst am Ende sehen.

Die Realität der Zahlen

Wir sprechen über ein **Finanzdefizit von 62,5 Millionen Euro im Jahr 2026**.

- 19 Millionen Euro aus der laufenden Verwaltung,
- 38 Millionen Euro aus Investitionen,
- 5 Millionen Euro Zins- und Tilgungslasten.

Das ergibt das Gesamtdefizit von **62,5 Millionen Euro**.

Das ist kein Buchwert.

Das ist **echtes fehlendes Geld**.

Kredite werden nötig.

Rücklagen werden aufgezehrt.

Die Stadt lebt auf Pump.

Prestigeprojekte auf Kosten der Bürger

Wir müssen ehrlich sein:

Immer neue Projekte, die beeindrucken sollen –
aber keinen echten Mehrwert für die Bürger bringen.

Der Bürgermeister setzt auf Prestige – doch die Rechnung zahlen die Menschen in dieser Stadt.

Die Gebühren steigen: Müll, Abwasser, Grundsteuer.
Aber das ist kein nachhaltiger Weg.

Man kann die Bürger nicht jedes Jahr weiter belasten.

Stadtentwicklung – Zukunft braucht Verantwortung

Heidenheim wächst, und mit diesem Wachstum steigen auch die Anforderungen an Stadtplanung, Wohnraum und Verkehr.

Doch Stadtentwicklung darf nicht bedeuten, dass wirtschaftliche Interessen über die Lebensqualität gestellt werden.

Wir brauchen Planung mit Augenmaß – nicht nach dem Prinzip „mehr Fläche, mehr Ertrag“, sondern nach dem Prinzip „**Sicherheit, Nachhaltigkeit und Menschlichkeit**“.

Flächennutzungsplanänderung Haintal / Hardtwald – Sicherheit darf nicht dem Profit weichen

Im Bereich *Haintal / Hardtwald* zeigt sich ein Beispiel, wie Fehlentscheidungen entstehen, wenn nicht alle Folgen bedacht werden.

Mit der Nr. 17 Änderung des Flächennutzungsplans wurde der bisherige Spielplatz gestrichen, um zusätzliche Bauflächen zu schaffen.

Die Wohngebiete sind laut FNP getrennt, aber nur auf einen Seite des Wohngebietes ist ein Spielplatz geplant.

Kinder müssen die Giengener Straße überqueren, um zum Spielplatz zu gelangen – ohne sichere Querung, ohne Unterführung, ohne Überführung.

Das ist kein Fortschritt, das ist ein Rückschritt in der Verantwortung gegenüber Familien und Kindern.

Eine Unterführung wurde besprochen und abgelehnt wegen der Sicherheit im Dunkeln und das Wohlbefinden. Eine Überführung über die Straße wurde aus Kostengründen und fehlenden Platz abgelehnt und nicht weiter aus gearbeitet.

Ich fordere, dass dieses Verfahren **gestoppt** und **neu bewertet** wird, bevor es weitergeht. Kindersicherheit darf nicht dem Profit von zusätzlichen Bauplätzen geopfert werden.

Verkehr und Umwelt – die B 19 braucht Vernunft, nicht Symbolpolitik

Die Diskussion um **Tempo 30 auf der B 19** zeigt ein weiteres Beispiel dafür, wie unvollständige Planungen in die falsche Richtung führen.

Das beauftragte Büro hat seine Bewertung auf das **Minimalprinzip** gestützt: 67 dB(A) tagsüber und 57 dB(A) nachts.

Diese Werte liegen **über** den rechtlich relevanten Grenzwerten von 60 bzw. 50 dB(A).

Entscheidend ist: Es wurde **nur der Lärm** betrachtet – nicht aber die **Abgase, die Staugefahr oder die Auswirkungen auf die Ausweichrouten**.

Ein flächendeckendes Tempo 30 würde den Verkehr **verlangsamen, wellenförmig machen und zusätzliche Emissionen verursachen**.

Anwohner in Nebenstraßen würden stärker belastet, die Luftqualität sinkt, und das Gegenteil von Entlastung tritt ein.

Deshalb fordere ich eine **vollständige Neubewertung**, bevor über dauerhafte Änderungen entschieden wird.

Verkehrspolitik muss logisch und faktenbasiert sein – nicht symbolisch.

Soziale Verantwortung – Tierheime, Menschen, Zusammenhalt

Eine Stadt ist nicht nur stark, wenn sie wirtschaftlich funktioniert, sondern wenn sie menschlich bleibt.

Darum müssen wir den Blick auf jene richten, die **keine Stimme haben** – die Tiere in unseren Heimen und die Menschen ohne Wohnung.

Das **Tierheim Heidenheim** leistet Tag für Tag großartige Arbeit, aber unter schwierigsten finanziellen Bedingungen.

Gleichzeitig sind die Hundesteuersätze in Heidenheim mit 120 € pro Tier , und jedes Weitere Tier mit zusätzlich 120 Euro überdurchschnittlich hoch.

Viele Tierhalter können sich diese Belastung nicht mehr leisten und geben, womöglich dadurch ihre Tiere ab.

Das darf nicht sein. Wir brauchen **eine Reform der Hundesteuer und mehr Unterstützung für das Tierheim**, statt steigender Hürden.

Ebenso wichtig ist es die **soziale Verantwortung gegenüber obdachlosen Menschen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Schutz, Wärme und Würde**. Ich beantrage, dass die Stadt leerstehende Gebäude als Notunterkünfte prüft und unbürokratische Hilfen schafft, die kostenfrei und menschlich gestaltet sind.

Wenn wir **Geflüchteten Unterstützung gewähren**, was Ausdruck **unserer christlichen Nächstenliebe** ist, dann sollte es ebenso selbstverständlich sein, **auch den eigenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen**, die sich in einer Notlage befinden.

Zukunftsprojekt – Teiltunnel B 19 als Chance für Heidenheim

Langfristig müssen wir die **B 19** völlig neu denken.

Der Verkehr zwischen Aufhausen und Mergelstetten zerschneidet die Stadt und belastet Anwohner, Umwelt und Lebensqualität.

Darum beantrage ich die **Prüfung einer Machbarkeitsstudie für einen Teiltunnel** in diesem Abschnitt.

Ein Tunnel würde den Durchgangsverkehr bündeln, die Lärm- und Abgaswerte senken und den oberirdischen Raum wieder den Menschen zurückgeben.

Das Beispiel **Schwäbisch Gmünd** zeigt, wie eine Stadt durch einen Tunnel lebenswerter werden kann.

Auch Heidenheim kann davon profitieren – durch Ruhe, bessere Luft und mehr Lebensqualität.

Doch Entwicklung darf kein Selbstzweck sein.

Sie muss bezahlbar bleiben und einen Nutzen für die Bürger sein, das Soziale kommt meistens erst zum Schluss, und damit meine ich auch was den Tierschutz und den ärmsten unserer Gesellschaft betrifft. Einige Projekte sind nur als Prestige und Symbolpolitik anzusehen, und dies Projekte kann man zurückstellen, und ein Teil von den eingesparten Mitteln für andere, wie im Text benannte Objekte benutzen.

Entwicklung, die sich auf Schulden gründet, ist kein Fortschritt – sie ist eine Belastung für morgen.

Das Elmar-Doch-Haus – ein Denkmal mit falscher Priorität

Das **Elmar-Doch-Haus** ist eines der ältesten und geschichtlich bedeutendsten Gebäude Heidenheims.

Ein Haus, das Geschichte atmet.

Es hätte eine **behutsame Sanierung** und eine **bürgernahe Nutzung** verdient.

Stattdessen entsteht dort eine Franchise-Gastronomie (Café Extrablatt).

„Bei dem Projekt Elmar-Doch-Haus sehen wir nach der bisherigen Kostenrechnung einen Stand von rund 15,6 Millionen Euro. Davon werden 2,40 Millionen Euro als Denkmalförderung und 2,60 Millionen als Landesförderung ausgewiesen das entspricht nach bisherigen Stand 13,20 Millionen Euro Eigenanteil der Stadt.

Nach meiner Einschätzung ist diese Denkmalförderung in Höhe von 2,40 Millionen Euro jedoch nicht gesichert, da das Gebäude entkernt wird und damit die Voraussetzungen für eine denkmalgerechte Förderung entfallen.“

Diese Summe wird zwar weiterhin in den Unterlagen mitgeführt, dürfte realistisch nicht mehr anrechenbar sein, weil sie weder endgültig bewilligt noch auszahlungsfähig ist.

Dadurch entsteht der Eindruck, dass die tatsächlichen Projektkosten geringer erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind.

Ein verantwortungsvoller Haushalt setzt jedoch auf ehrliche Zahlen, nicht auf rechnerische Entlastungen, die sich später als nicht tragfähig herausstellen.“

Die Stadt investiert 15,6 Millionen Euro, der Pächter zahlt 144 000 Euro Pacht im Jahr.

Das heißt: Man müsste das Gebäude über **108 Jahre** verpachten, um die Baukosten wieder hereinzuholen – ohne Zinsen, ohne Instandhaltung, ohne Gewinn.

Das ist kein Wirtschaftskonzept,
das ist **Prestige um jeden Preis**.

9. Pflichtaufgaben und Verantwortung

Wir haben Pflichten – etwa bei der Flüchtlingsunterbringung.

Diese Menschen kommen zu uns, weil sie Schutz suchen.

Sie haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Immer wieder wird uns gesagt, viele Ausgaben seien Pflichtaufgaben – also Aufgaben, die das Land Baden-Württemberg den Städten und Gemeinden vorschreibt. Das ist richtig.

Aber auch Pflichtaufgaben müssen finanziert werden können.

Besonders deutlich zeigt sich das derzeit in der Migrationspolitik:

Die Kommunen sind verpflichtet, Menschen aufzunehmen, unterzubringen und zu betreuen.

Doch die Mittel dafür kommen oft verspätet oder nur teilweise vom Land und Bund.

In der Praxis bedeutet das:

Die Stadt muss in Vorleistung gehen – mit Personal, Unterkünften, Integrationsangeboten, Energie- und Sachkosten.

Und genau hier zeigt sich die Grenze unserer finanziellen Belastbarkeit.

Wer helfen will, muss handlungsfähig bleiben.

Wenn eine Stadt am Rand des finanziellen Ruins steht,

kann sie weder den Bürgern noch den Menschen, die zu uns kommen, gerecht werden.

Aber das funktioniert nur,

wenn unsere Stadt **finanziell handlungsfähig** bleibt.

Darum müssen wir zuerst Ordnung in unsere Finanzen bringen.

Der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt klar:

Wir bewegen uns am äußersten Rand unserer finanziellen Möglichkeiten.

Unser Kämmerer Guido Ochs hat in seiner Haushaltsrede eindringlich darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Heidenheim in einer finanziellen Zange befindet –

zwischen steigenden Ausgaben, sinkender Finanzkraft und immer neuen Aufgaben von Bund und Land.

Er mahnt, dass unsere Haushaltswirtschaft an der Grenze der Leistungsfähigkeit steht und Nachhaltigkeit bei den Finanzen beginnen muss.

Diese Worte sollten uns als Gemeinderat verpflichten, innezuhalten und unsere Prioritäten zu überdenken.

Das ist keine Kritik, das ist eine Warnung.

Eine Warnung, die im Gemeinderat zu lange ignoriert wurde.

Die Wahrheit ist:

Heidenheim lebt über seine Verhältnisse.

Wir finanzieren immer mehr freiwillige Aufgaben, während die Pflichtaufgaben zunehmend unter Druck geraten.

Das, meine Damen und Herren, ist kein Zukunftsmodell.

Wir alle hier tragen Verantwortung –
nicht für eine Partei,
sondern für die Bürger.

Wir sind nicht Verwaltung.
Wir sind das **Gewissen dieser Stadt.**

Ich frage Sie alle:

Würden Sie diesen Haushalt so beschließen,
wenn es Ihr eigenes Geld wäre?

Diese Frage sollten wir uns stellen –
bevor die Hand zum Abstimmen gehoben wird.

Der Kämmerer verdient Rückhalt

Mein Dank gilt **Herrn Ochs**,
der die Lage offen benannt hat.
Er braucht Rückendeckung,
um diesen Haushalt zu konsolidieren.

Heidenheim braucht **Stabilität, Verlässlichkeit und Ehrlichkeit.**

Wir müssen den Mut haben,
Prioritäten zu setzen und unnötige Projekte zu stoppen.

Wenn wir heute nicht handeln, entscheidet morgen das Regierungspräsidium.
Wenn wir heute sparen, können wir morgen wieder gestalten –
für die Bürger, für die Stadt, für die Zukunft.

Vielen Dank.

Anträge im Rahmen der Haushaltsrede 2026

1. Flächennutzungsplan 2029 – Bereich „Haintal / Hardtwald“

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die laufende 17. Änderung des Flächennutzungsplans 2029 im Bereich **Haintal / Hardtwald** wird **vorläufig gestoppt**, bis
 - o der Wegfall des Spielplatzes geprüft,
 - o eine sichere Spielplatzlösung auf beiden Seiten der Landesstraße vorgesehen und
 - o eine Bewertung der Verkehrssicherheit durch die Straßenverkehrsbehörde vorliegt.

Begründung:

Im Änderungsentwurf wurde der bisherige Spielplatz gestrichen.

Kinder müssten künftig eine stark befahrene Landesstraße überqueren, ohne sichere Querung.

Das ist mit § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB (Belange von Kindern und Jugendlichen) unvereinbar.

2. Überprüfung der Tempo-30-Bewertung auf der B 19 (Aufhausen – Mergelstetten)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Untersuchung zur Einführung von Tempo 30 auf der B 19 wird **erneut und vollständig** bewertet.

Begründung:

Die bisherige Berechnung beruht auf dem Minimalprinzip (67 dB(A) Tag / 57 dB(A) Nacht).

Rechtlich relevante Werte ab 60 / 50 dB(A) wurden ignoriert.

Abgas-, Feinstaub- und Verkehrsflusswerte fehlen vollständig.

Ein flächendeckendes Tempo 30 erzeugt mehr Stop-and-Go-Verkehr, mehr Emissionen und mehr Belastung für Anwohner.

3. Finanzielle Unterstützung der Tierheime und Reform der Hundesteuer

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Das Tierheim Heidenheim wird ab 2026 stärker unterstützt.
2. Die Hundesteuersatzung wird überprüft und eine sozial verträgliche Staffelung vorbereitet.

Begründung:

Hohe Hundesteuersätze führen dazu, dass Tiere abgegeben werden.

Das Tierheim ist überlastet.

Eine moderate Steuer stärkt Tierschutz, soziale Verantwortung und entlastet Bürger.

4. Verbesserung der Hilfs- und Unterbringungsangebote für obdachlose Menschen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung entwickelt gemeinsam mit dem Landkreis ein Konzept für eine **unbürokratische Soforthilfe** für obdachlose Menschen.

Begründung:

Jeder Mensch hat ein Recht auf Schutz und Würde.

Leerstehende Gebäude sollen als Notunterkünfte genutzt werden.

Soziale Hilfe darf nicht an Herkunft oder Status gebunden sein.

5. Machbarkeitsstudie für einen Teiltunnel B 19 (Aufhausen – Mergelstetten)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines **Teiltunnels** der B 19 wird gemeinsam mit Land und Straßenbauämtern beauftragt.

Begründung:

Ein Tunnel senkt Lärm und Abgase, entlastet Anwohner und steigert die Lebensqualität.

Schwäbisch Gmünd zeigt, dass solche Projekte städtebaulich und wirtschaftlich lohnend sind.

Heidenheim, 06. November 2025

Bernd Malzahn

Stadtrat Heidenheim – Werte Union

bernd.malzahn@aol.de